

**Bericht der Europaabgeordneten  
Hermann Winkler und  
Dr. Peter Jahr  
aus dem Europäischen Parlament  
an den 33. Landesparteitag  
der Sächsischen Union  
am 1. Dezember 2018 in Leipzig**

## Hermann Winkler MdEP

### Ausschussmitgliedschaften

- Industrie, Forschung und Energie (ordentl. Mitglied);
- Kultur und Bildung (stellv. Mitglied)

### Delegationsmitgliedschaften

- Delegation für den Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschuss EU-Montenegro (ordentl. Mitglied);
- Delegation in den Ausschüssen für parlamentarische Kooperation EU-Kasachstan, EU-Kirgisistan, EU-Uzbekistan und EU-Tadschikistan sowie für die Beziehungen zu Turkmenistan und der Mongolei (stellv. Mitglied)

### Intergroupmitgliedschaften

- Intergroup kleine und mittlere Unternehmen (KMU);
- Intergroup Tourismus und Kulturerbe;
- Intergroup Kreativindustrie

### EVP-Fraktion

- Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten

### Wahlkreisbüros

E-mail: [europabuero@hermann-winkler.eu](mailto:europabuero@hermann-winkler.eu)

- **Europabüro Leipzig**  
Wilhelm-Leuschner-Platz 12, 04107 Leipzig, Telefon: 0341 - 993 90 96,  
Fax: 0341 - 962 80 64,
- **Europabüro Dresden**  
An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Telefon: 0351 - 829 66 22,  
Fax: 0351 - 829 66 25
- **Europabüro Zittau**  
Bautzner Str. 2, 02763 Zittau, Telefon: 03583 - 79 01 40,  
Fax: 03583 - 79 01 41
- **Europabüro Bautzen**  
Hohengasse 16, 02625 Bautzen, Telefon: 03591 - 410 95,  
Fax: 03591 - 410 98

Homepage: <https://www.hermann-winkler.eu>

Soziale Netzwerke: <https://www.facebook.com/WinklerHermann>  
<https://www.instagram.com/hwinklersachsen/>

## **Dr. Peter Jahr**

### **Ausschussmitgliedschaften**

- Petitionsausschuss (ordentl. Mitglied);
- Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (ordentl. Mitglied);
- Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (stellv. Mitglied)
- Sonderausschuss für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide (stellv. Mitglied)

### **Delegationsmitgliedschaften**

- Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Andengemeinschaft (ordentl. Mitglied);
- Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (ordentl. Mitglied);
- Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST (stellv. Mitglied);
- Delegation im Parlamentarischen Assoziationsausschuss EU-Ukraine (stellv. Mitglied)

### **EVP-Fraktion**

- Sprecher der EVP-Fraktion im Petitionsausschuss

### **Wahlkreisbüros**

#### Hauptbüro:

- Europabüro Burgstädt: Obergasse 7, 09217 Burgstädt, Tel: 03724-15735, E-mail: [europabuero@peter-jahr.de](mailto:europabuero@peter-jahr.de)

Homepage: <https://www.peter-jahr.de/> Facebook: [Dr. Peter Jahr](#) Twitter: [@peter\\_jahr](#)

#### Außenstellen:

- Europabüro Döbeln: Zwingerstraße 2a, 04720 Döbeln, Tel: 03431-710209, E-mail: [europabuero@peter-jahr.de](mailto:europabuero@peter-jahr.de)
- Europabüro Pirna: Maxim-Gorki-Str. 1, 01796 Pirna, Tel: 03501-446475, E-mail: [europabuero@peter-jahr.de](mailto:europabuero@peter-jahr.de)

## **I. Aktuelle Entwicklungen in Europa**

### **1. Unser Spitzenkandidat für die Europawahl vom 23. - 26. Mai 2018**

Ende Mai 2019 wird Europa ein neues Parlament wählen. Aber auch die EU-Kommission formiert sich im Herbst 2019 neu, insbesondere muss ein neuer Präsident für die Spitze der EU-Behörde gefunden werden. Doch wer soll es werden? In den europäischen Verträgen heißt es, die Staats- und Regierungschefs sollen bei ihrem Beschluss „die Ergebnisse der Europawahlen berücksichtigen“. Die Antwort aus Sicht des Parlaments ist also klar: Kommissionspräsident wird der „Spitzenkandidat“, dessen Partei gewinnt! Das uns so vertraute, deutsche Wort „Spitzenkandidat“ kennt man in Brüssel erst seit 2014. Im Vorfeld der letzten Wahl zum Europaparlament wurde das „Spitzenkandidatenverfahren“ erstmalig genutzt, um den Präsidenten der EU-Kommission zu bestimmen. Es wurde Jean-Claude Juncker, der damalige Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei, deren Fraktion aktuell und hoffentlich weiterhin die Größte im Europäischen Parlament ist. Der Bürgerwille, der die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments bestimmt, solle sich auch bei der Bestimmung des Präsidenten der EU-Kommission, der Exekutive der EU, niederschlagen, so die Idee. Der Spitzenkandidat, dessen Partei die meisten Stimmen erhält, wird damit letztlich zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt. Mehr Demokratie und Transparenz sind kaum machbar. Vor 2014 hatten die Staats- und Regierungschefs die Personalie Kommissionspräsident quasi im Hinterzimmer unter sich ausgemacht, mehr oder weniger unabhängig vom Wahlausgang. Einige würden dies gern weiterhin so handhaben, können aber wohl kaum in graue Vorzeiten zurückverfallen, in denen dies ohne die Mitsprache des Wählers und des Parlaments geschah.

Aktueller Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei ist unser bayerischer Kollege und EVP-Fraktionsvorsitzender Manfred Weber (CSU). Nun hängt es vom Ausgang der Europawahlen ab, ob er es sein wird, der die nächsten Jahre die EU-Kommission leiten wird. Wir hoffen natürlich sehr auf den Erfolg der EVP und „unseres“ Kandidaten und freuen uns, dass es mit Manfred Weber jemand sein wird, der immer die Belange unserer Bürger im Blick hat sowie politisches Gespür und Augenmaß besitzt.

### **2. Stand der BREXIT-Verhandlungen**

Seitdem die Briten im Juni 2016 mehrheitlich für den Austritt gestimmt hatten, laufen die BREXIT Verhandlungen auf Hochtouren. In den letzten Wochen und Monaten sind sie fast täglich, zuletzt sogar fast stündlich, Thema in der Presse gewesen. Die Nachrichten, insbesondere aus Großbritannien, überschlagen sich, nicht immer sind sie am Ende auch verlässlich und haltbar. Zu viele Stimmen gibt es, die sich uneinig sind. Auch das Europäische Parlament verfolgt natürlich die Bemühungen der Unterhändler der EU und Großbritanniens aus nächster Nähe, schließlich muss das Parlament dem Ausstiegsvertrag am Ende zu stimmen und hatte rote Linien für diese Zustimmung festgelegt. Der Tag des Austrittes ist nicht mehr fern, es ist der 29. März 2019. Ohne Einigung auf ein Austritts- und Übergangsabkommen kann es auch keine Einigung für künftige Handelsbeziehungen geben.

Was der BREXIT generell, aber vor allem ein ungeordneter Ausstieg, für seine Unternehmen und Bürger - aber natürlich auch für die der EU - bedeuten kann, wurde auf der Insel nie ehrlich und transparent diskutiert. Scheitern die Austrittsverhandlungen, scheidet Großbritannien im März 2019 von einem Tag auf den anderen aus dem europäischen Binnenmarkt und der Zollunion aus. Auch die geplante Übergangsphase wäre dann hinfällig. Alle Waren und Personen müssten dann vor dem Überschreiten der EU-Grenzen kontrolliert werden. Die

Zusatzkosten für Produzenten und Käufer wären enorm. Starke Teuerungen auf die importierten Güter inklusive Lebensmitteln, mehr Bürokratie beim Import und Export oder Engpässe bei Arzneimitteln, auch beim Personal im medizinischen Bereich oder der Gastronomie beispielsweise, wären zu erwarten, denn ihr Aufenthaltsrecht wäre nicht mehr gegeben. Nach ersten Schätzungen des ifo- Instituts könnte Großbritannien bis zu 1,7 % seines BIPs verlieren. Deutschlands BIP könnte um bis 0,2 % sinken. Bei uns in Deutschland werden es wohl insbesondere die Branchen der Luftfahrt, Chemie, Logistik, Auto und Pharmazie sein, die leiden werden. Auch Sachsens Wirtschaft wird den BREXIT, insbesondere einen ungeordneten, zu spüren bekommen, denn Großbritannien ist das dritt wichtigste Exportland für den Freistaat. Auch in Bereichen wie Tourismus, Kultur, Forschung, Hochschulkooperationen oder Schulpartnerschaften würden sich uns ohne Regelungen wieder ungewohnte Hürden in den Weg stellen.

Lange wandelte dieses Schreckgespenst „harter oder ungeordneter BREXIT“ durch die EU. Trotz größter Anstrengungen der EU-Verhandlungsführer drohten die Verhandlungen zu scheitern, nicht zuletzt, weil die britische Regierung unter Theresa May zu gespalten ist und mit ihren internen Machtkämpfen zu sehr beschäftigt, um zu einer internen Einigung zu gelangen. Vor allem die Frage wie man zwischen der Republik Irland (weiterhin EU) und Nordirland (dann nicht mehr EU) nach einem Austritt ohne die gefürchtete physische Grenze auskommen kann, war lange ungeklärt. Nun scheint eine Einigung, zumindest auf der Arbeitsebene, geglückt zu sein. EU-Chefunterhändler Barnier erklärt den notwendigen „entscheidenden Fortschritt“, um den Staats- und Regierungschefs grünes Licht geben zu können. Ein EU-Sondergipfel am 25. November soll die Einigung auf ein 585 Seiten starkes Austrittsabkommen perfekt machen. In der entscheidenden Grenzfrage scheint man sich auf einen Notfallplan geeinigt zu haben. Das Vereinigte Königreich soll notfalls auch nach der Übergangszeit komplett in einer EU-Zollunion bleiben bis die künftige Beziehung zur EU geklärt ist. Aber eben nur im Notfall. Schließlich soll ein Austritt ein Austritt sein und bleiben. Wer raus aus der Gemeinschaft möchte, sollte auch ihre Vorteile nicht mehr genießen können. Gibt es Mitte 2020 noch kein Freihandelsabkommen, was angesichts des bisherigen Verhandlungstempos zu befürchten ist, müssten vorrangig andere Lösungen gefunden werden, so Barnier, beispielsweise eine Verlängerung der Übergangszeit. Vermutlich ist das der beste Kompromiss den man finden konnte. Die 185 Artikel des Entwurfes des Austrittsabkommens mit vielen Anhängen lassen schließlich erahnen, wie eng die Staaten der EU miteinander verflochten sind, etwas, was man im Alltag kaum wahrnimmt. Dabei steht noch nichts über die künftigen Handelsbeziehungen darin. Hierzu wird es nur eine politische Absichtserklärung geben. Nun ist die Frage, ob dies allen Beteiligten ausreicht. Denn neben dem EU-Parlament muss auch das britische Parlament am Ende zustimmen und weder die BREXIT-Hardliner noch die BREXIT-Gegner sind zufrieden. Nach wie vor ist also nur eines sicher: Am 29. März 2019 tritt Großbritannien aus der EU aus - mit oder ohne Abkommen. (Stand: 15. November 2018)

### **3. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR): Was bringt der EU-Haushalt 2021-2027?**

Die Europäische Union ist nicht berechtigt, Kredite aufzunehmen. Haupteinnahmequelle für den Europäischen Haushalt bilden die Beiträge der Mitgliedstaaten. Dieser wurde von ehemals 1,14% auf 1,0 % des BIP gekürzt. Gegenwärtig beraten die 27 Mitgliedstaaten über die Einnahmestrategie für die Jahre 2021-2027 im Rahmen des MFR. Da dieser Beschluss einstimmig im Rat gefasst werden muss, ist das kein einfaches Unterfangen.

Die Kommission strebt eine Einigung im Europaparlament und Europäischen Rat noch vor den Europa-Wahlen Ende Mai 2019 an, nach Möglichkeit bis März 2019 und wird dabei vom Parlament und der deutschen Bundesregierung unterstützt. Grund für den ambitionierten Zeitplan

ist u.a. die Befürchtung eines verspäteten Anlaufens der Programme (mit allen negativen Konsequenzen für die Empfänger der Programme vor Ort) durch die Konstituierung eines neuen Parlaments und einer neuen Kommission. Eins ist jedoch sicher: Bevor der MFR feststeht, können die Verhandlungen zu den Programmen nicht abgeschlossen werden. Zwischen all den Verhandlungen muss der Appell jedoch sein: „Wer bestellt, der muss auch bezahlen. Das Parlament hat die Wünsche der Mitgliedstaaten aufgegriffen, die da heißen: Keine Kürzungen im Agrar- und Kohäsionshaushalt, gleichzeitig mehr Migrations- und Verteidigungspolitik. Darum sollte der Parlamentsbeschluss als kraftvoller Verhandlungsanstoß genutzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht auf einen stabilen und verlässlichen Haushalt.“

## II. Aktuelle Entwicklungen in den Ausschüssen der Europaabgeordneten

### 1. Bericht aus dem Ausschuss für Industrie, Energie und Forschung

Im Bereich **Forschung und Innovation** arbeiten *Hermann Winkler* und seine Ausschusskollegen aktuell am künftigen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation für den Zeitraum 2021-2027. **HORIZONT EUROPA** soll auf den Errungenschaften seines Vorgängers **HORIZONT 2020** aufbauen und darüber hinausgehen: Die Exzellenz-Verbundforschung soll weiterhin Kern des Programmes bleiben, was auch aus Sicht des Innovationslandes Sachsen sehr zu begrüßen ist. Auch das erfolgreiche Marie-Sklodowska-Curie-Programm wird weitergeführt. Mit einem deutlich höheren Budget von 120 Mrd. Euro, kürzeren Bewilligungszeiten, weniger Verwaltungsaufwand für die Antragsteller und mit mehr Fokus auf die Marktreife von Innovationen **soll HORIZONT EUROPA zudem zum bisher ehrgeizigsten Forschungs- und Innovationsprogramm in der Geschichte der EU** entwickelt werden. Dafür soll unter anderem der neue Europäische Innovationsrat sorgen. Auch die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit wie die Bekämpfung von Krebs oder Terrorismus und die Förderung des Katastrophenschutzes sollen mit Hilfe von **HORIZONT EUROPA** weiterhin angepackt werden. Weitere Schwerpunkte sollen aus Sicht der Abgeordneten die Co2 freie Energieerzeugung in der Industrie, die Quantentechnologie sowie die Künstliche Intelligenz werden.

Im Bereich der **Energiepolitik** bot in den letzten Monaten das Infrastrukturprojekt **NORDSTREAM 2** Anlass zu lebhaften Diskussionen, insbesondere die Frage, wie der Gasmarkt der EU beschaffen sein muss, um die Energieversorgung sicherzustellen. Der Bau von **NORDSTREAM 2** und die damit in Zusammenhang stehende Pipeline **EUGAL** wird *von Hermann Winkler* unterstützt.

Im Bereich der **Industriepolitik** wird aktuell eine Frage diskutiert, die alle Gemüter bewegt: **Die Zeitumstellung bzw. ihre Abschaffung**. *Hermann Winkler* und seine Ausschusskollegen wollen dabei dem Wunsch vieler Bürger nach Abschaffung der Zeitumstellung nachkommen, müssen dabei aber auch die möglichen Folgen für die Industrie und ihren Handel miteinander über unterschiedliche Zeitzonen hinweg im Blick behalten.

### 2. Bericht aus dem Ausschuss für Bildung und Kultur

Im Mittelpunkt der Arbeit des Ausschusses für **Kultur und Bildung** steht zurzeit die Zukunft des **EU-Förderprogramms Erasmus+**. Das Programm ist eines der Aushängeschilder der EU und fördert unter anderem die Mobilität der Jugend im Rahmen der Berufs- und Hochschulbildung sowie beim Sport und dem EU-Freiwilligendienst. Indem es junge Leute ins Ausland schickt, leistet es auch einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Identität. Das Programm feiert dieses Jahr seinen 30. Geburtstag. Damit diese **einzigartige Erfolgsgeschichte** fortgeschrieben kann, machen sich *Hermann Winkler* und seine Kollegen im Ausschuss für **weniger Aufwand bei Bewerbung und Verwaltung** sowie für **das Dreifache an Budget** stark. Die Abgeordneten möchten erreichen, dass so wenigstens 60% der Förderanträge statt aktuell nur 20% bewilligt werden können. Zudem soll das neue Programm **wieder verstärkt kleinere Projekte** von Schulen und Bildungseinrichtungen berücksichtigen, was aus sächsischer Sicht besonders zu begrüßen ist. Ebenso soll Erasmus+ inklusiver werden, d.h. verstärkt auch junge Leute berücksichtigen, die sozial oder wirtschaftlich benachteiligt sind. Zudem sollen künftig auch kürzere und flexiblere Aufenthalte im EU-Ausland nach dem Schulabschluss gefördert werden, um noch mehr jungen

Menschen die Möglichkeit zu geben, Europa zu entdecken und interkulturelle Kompetenzen zu erwerben. Dabei sehen *Hermann Winkler* und seine Kollegen auch die EU-Mitgliedstaaten in der Pflicht, das erfolgreiche Programm und Aushängeschild der EU entsprechend finanziell auszustatten. Nur so wird Erasmus+ zukünftig sein volles Potential entfalten können.

### III. Die Zukunft der EU-Agrarpolitik - Bericht aus dem Ausschuss für Landwirtschaft

#### 1. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2021-2027

Der Reformprozess zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ist in vollem Gange. Als informeller Co-Berichtersteller der europäischen Christdemokraten bearbeitet *Dr. Peter Jahr* alle Aspekte rund um den ländlichen Raum und dessen Entwicklung. Im Speziellen ist die 2. Säule der GAP unerlässlich für die Zukunft der ländlichen Räume innerhalb der EU und insbesondere Sachsens. Für die derzeitige Förderperiode 2014-2020 profitieren **Sachsens ländliche Räume von 878,9 Mio. EUR EU-Mitteln**. Viele Marktplätze, Radwege oder Kinderspielplätze müssten europäisch beflaggt werden. Die GAP gehört zu Europas zentralen Politikbereichen und wirkt sich auch auf das Leben der Sachsen aus. Darum ist es wichtig, zur Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors beizutragen und seine Nachhaltigkeit zu stärken. Gerade mit Blick auf die **Herausforderungen von Demografie und Daseinsvorsorge** setzt sich *Dr. Peter Jahr* für die Schaffung, Erhaltung und Weiterentwicklung lebenswerter und attraktiver ländlicher Gebiete ein. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, den Finanzrahmen der EU für 2021 - 2027 zügig zu verabschieden.

#### 2. Vereinfachung: Sächsische Initiative ELER Reset in der neuen Agrarreform

Schon lange kritisiert *Dr. Peter Jahr* die überbordende Fördermittel-Bürokratie, die von Brüssel aus jedes noch so kleine Detail regeln möchte. Dieser Bürokratiedschungel bringt die europäische Idee in Gefahr. Um diesen Trend zu durchbrechen, unterstützt er massiv die sächsische Entbürokratisierungsinitiative ELER Reset. Die Vorgaben für Landwirte müssen wieder **vereinfacht und praxistgerecht** gestaltet werden, um die **Kosten für die Steuerzahler zu senken** und gleichzeitig sicherzustellen, dass die Beihilfen ordnungsgemäß ausgegeben werden.

#### 3. Europäischer Rahmen für unfaire Handelspraktiken schützt sächsische Landwirte

Soziale Marktwirtschaft setzt faire Handelspraktiken voraus. Bereits in 20 Mitgliedstaaten bestehen Rechtsvorschriften dazu. Diese werden allerdings sehr unterschiedlich angewendet und sind kaum wirksam. Daher war es Anfang des Jahres besonders erfreulich, dass die Europäische Kommission einen legislativen Rahmen zu unlauteren Handelspraktiken vorgeschlagen hat, der für die gesamte EU gilt. *Dr. Peter Jahr* ist der festen Überzeugung, dass faire Handelspraktiken den Wettbewerb auch zwischen den Handelsketten ein wenig fairer gestalten und die **Marktposition des Landwirts in der Wertschöpfungskette stärken** können.

### IV. Bericht aus dem Petitionsausschuss

Als Sprecher der Europäischen Volkspartei (EVP) organisiert und vertritt *Dr. Peter Jahr* die Interessen seiner Fraktionskollegen im Petitionsausschuss. Der Petitionsausschuss bildet die **Brücke zwischen den EU-Bürgern und den EU-Institutionen**. In einer Petition kann ein individuelles Ersuchen, eine Beschwerde oder Bemerkung zur Anwendung von EU-Recht oder eine Aufforderung an das Europäische Parlament, zu einer bestimmten Angelegenheit Stellung



zu nehmen, dargelegt werden. Solche Petitionen geben dem Europäischen Parlament Gelegenheit, auf Verletzungen der Rechte eines Unionsbürgers durch einen Mitgliedstaat oder lokale Gebietskörperschaften oder eine sonstige Institution hinzuweisen.

Der Petitionsausschuss beschäftigt sich mit **Beschwerden aus allen Bereichen des Lebens der EU Bürger**. Im Jahr 2017 hat das Europäische Parlament 1.271 Petitionen empfangen, wobei sich die meisten Petitionen mit Themen zu Umwelt und Grundrechten, Rechtsfragen und den Binnenmarkt beschäftigten.

## 1. Eine EU ohne Zeitumstellung

Seit nun mehr als zehn Jahren erhält der Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments Petitionen, die die Abschaffung der zweijährlichen Zeitumstellung fordern. Schon fast genauso lange engagiert sich *Dr. Peter Jahr* im Europäischen Parlament in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Abschaffung der Zeitumstellung. Diese fraktionsübergreifende Initiative forderte von der Europäischen Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2000/84/EG zur Regelung der Sommerzeit. Kommissionspräsident Juncker schlug am 12. September in seiner Rede zur Lage der Union vor, im Jahr 2019 die jahreszeitlich bedingten Zeitumstellungen in Europa zu beenden. **Die Mitgliedstaaten – im Einklang mit dem Gebot der Subsidiarität – sollen selbst entscheiden, ob ihre Bürger in Sommer- oder Winterzeit leben sollen.** Herrn *Dr. Peter Jahr* ist es dabei besonders wichtig, dass Parlament und Rat eine **binnenmarktkonforme Lösung** finden. Um dies auf Seiten des Parlaments zu vertreten, betreut Herr *Dr. Peter Jahr* im Ausschuss für Petitionen und auch im Ausschuss für Landwirtschaft für seine Fraktionen die Stellungnahmen zur Änderung der sogenannten Sommerzeitrichtlinie.

Bei einem informellen Treffen der zuständigen EU-Verkehrsminister Mitte Oktober sei vorgeschlagen worden, für das geplante Ende des jährlichen Wechsels zwischen Sommer- und Winterzeit **erst das Jahr 2021** anzupeilen.

## 2. Delegationsreise des Petitionsausschusses in die Lausitz

Eine Delegation des Petitionsausschusses (PETI) führte am 14. und 16. Februar 2018 eine Untersuchungsmission - einen sogenannten Fact Finding Visit - nach Brandenburg, insbesondere nach Potsdam und in die Lausitz, durch.

Basierend auf verschiedenen Petitionen wurden die Auswirkungen des Kohleabbaus auf die Umwelt und die Bevölkerung, dabei insbesondere auf die sorbische Gemeinde, untersucht und Möglichkeiten des Strukturwandels betrachtet. Diese Untersuchungsreise war fraktionsübergreifend gesehen ein Erfolg, da alle Teilnehmer festgestellt haben, dass ein **Strukturwandel von Nöten ist, dieser aber langfristig geplant werden muss und regionale Strukturen nicht von heute auf morgen überworfene werden können.**

## V. Bericht aus dem Umweltausschuss

### 1. Katastrophenschutz

Im Mai wurde der Bericht zum europäischen Katastrophenschutz unter Federführung des Umweltausschusses angenommen. Das Europaparlament konnte der **regionalen und lokalen Entscheidungsebene wesentlich mehr Gewicht geben** im Vergleich zum ursprünglichen zentralistischen Vorschlag der Kommission. Die allermeisten Katastrophenfälle sind lokal und regional. Hier wird Europa nicht gebraucht. Im Kleinen gilt es daher, unser bewährtes

Freiwilligensystem zu erhalten. Daher haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dem Einsatz **der Freiwilligen und Ehrenamtlichen zu mehr Bedeutung zu verhelfen** und regional die Handlungshoheit nicht abgeben zu müssen. Die Waldbrände in Portugal und Italien 2017 haben gleichzeitig gezeigt, dass wir Europa als Solidargemeinschaft auch materiell und technisch definieren müssen. Diese Gemeinschaft gilt es aber auch zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen den Europäern zu verbessern. Das Programm **RESCEU** ist das Herzstück dieses Vorschlags. Wichtig ist, dass das Programm nicht die Arbeit der Mitgliedstaaten übernehmen, sondern ihre Arbeit ergänzen soll. Die operationale Führung obliegt weiterhin den Mitgliedstaaten und die software steuert Brüssel bei. Natürlich sind auch Training und Ausbildung wichtiger - aber auch kostenintensiver - Bestandteil eines einsatzfähigen Katastrophenschutzes.